

Anregungen aus den Expert:innengesprächen und der Exkursion

Ausgangslage:

Die Auswertung des Workshops mit Expertinnen und Experten aus sozialen Organisationen, weitere Expert*innengespräche sowie die Exkursion der Verwaltung in neuere Genossenschaftssiedlungen mit integrativen Wohn- und Arbeitsprojekten zeigten:

- ➔ Soziale Organisationen suchen aktiv Partnerschaften mit wohlwollenden Liegenschaftsbesitzenden und -verwaltungen in Stadt und Region Bern. Eine Zusammenarbeit mit HGB ist von einigen Organisationen erwünscht.
- ➔ Es werden auch Standardwohnungen gesucht, ohne spezifische Anforderungen an die Gestaltung. Eine Vermietung an soziale Institutionen kann meist auch erst beim Vermietungsprozess erfolgen.
- ➔ Für bestimmte Zielgruppen sollten beim Ausbau der "normalen" Wohnungen bestimmte Aspekte beachtet werden, damit diese auch für auf dem "freien Wohnungsmarkt" benachteiligte Zielgruppen passend sind.
- ➔ Die Einbindung bestimmter Zielgruppen in das Wohnumfeld braucht oft Begleitung durch Professionelle (oder zumindest eine Ansprechperson) und eine gute und tolerante Nachbarschaft.
- ➔ Bewusst werden keine Altersorganisationen angesprochen, da diese Bedürfnisse durch den Burgerspittel abgedeckt werden.

Anregungen zur baulichen Gestaltung

Durch die Umsetzung der Anregungen würde ein vielfältiger Mix von Wohnungen mit unterschiedlichen Ausbau- und Rahmenbedingungen entstehen, die sowohl die Bedürfnisse spezifischer Zielgruppen abdecken und gleichzeitig für alle Mieterinnen und Mieter attraktiv sind.

Hinweis: Einige der untenstehenden Bedingungen könne sich je nach Partnerorganisationen im Bereich "unterstütztes Wohnen und Arbeiten" erübrigen, z.B. Rollstuhlgängigkeit

- Es sollen sowohl Familienwohnungen mit offenen Küchen wie auch Familienwohnungen mit geschlossenen, eher kleinen Küchen angeboten werden. (*Familien mit Migrationshintergrund*)
- Einige Kleinwohnungen (für eine Mietperson) sollen so angelegt sein, dass sie durch die Bewohnerinnen und Bewohner unauffällig und ohne architektonisch gestaltete "soziale Kontakt- und Begegnungszonen" erreichbar sind. Diese Wohnungen verfügen über kleine Balkone, die von aussen wenig einsehbar sind. (*Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen*)
- Die Wohnungen sollen über unterschiedliche Ausbaustandards verfügen, damit auch günstige Wohnungen angeboten werden können. (*Finanzschwache Mietende, Orientierung an SKOS-Richtlinien*)
- Ein Teil der Wohnungen soll rollstuhlgängig sein (Studios und WG's mit mindestens 4 Zimmern). Die rollstuhlgängigen Wohnungen sind so anzuordnen, dass in der Nähe eine Kleinwohnung/Zimmer mit Nasszelle für allfällige Assistenzdienste angeboten werden kann. (*Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen*)
- Es sind genügend Parkplätze für gehbehinderte Personen einzurichten. Ein Teil davon soll über eine Ladestation für Elektrofahrzeuge verfügen.

Anregungen zu den betrieblichen Rahmenbedingungen:

- Im Vermietreglement und in den Wohnungsausschreibungen sind Mieterinnen und Mieter mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen.
- Bei der Ausschreibung der Wohnungen und allenfalls in den Mietverträgen wird auf die Diversität der Bewohnerinnen und Bewohner hingewiesen und die Offenheit zu aktiver Nachbarschaftshilfe eingefordert.
- Allfällige Hauswarschaften und weitere Dienstleistende sind zu interkultureller Offenheit zu verpflichten.
- Für finanzschwache Mieterinnen und Mieter sind vergünstigte Wohnungen (unter Kostenmiete) anzubieten durch "Quersubventionen" durch die übrigen Mieteinnahmen oder durch die Schaffung eines Solidaritätsfonds.
- Die Ausgestaltung der Partizipation der Mietenden ist den Bedürfnissen aller Bewohnerinnen und Bewohnern anzupassen.
- In einem allfälligen Vermietreglement und bei der Vermietung von Wohnungen an Mieterinnen und Mieter mit besonderen Bedürfnissen ist die Möglichkeit von Assistenzdiensten mitzudenken oder aktiv einzubeziehen.

Partizipationskommission der Hauptstadt-Genossenschaft
8. März 2022